

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Pamela Rendi-Wagner
Genossinnen und Genossen

betreffend 1.000 Euro Steuersenkung ab 1.7.2020

*eingebraucht im Zuge der Debatte zum Dringlichen Antrag der Abgeordneten
Dr. Dagmar Belakowitsch, Peter Wurm, Michael Schnedlitz und weiterer Abgeordneter
betreffend Erhöhung der Nettoersatzrate beim Bezug des Arbeitslosengeldes (COVID-
19-Maßnahme)*

Deutschland steuert dem größten Wirtschaftseinbruch seit der Nachkriegszeit mit einem Konjunkturprogramm von 130 Milliarden Euro entgegen. Wie bei den Wirtschaftshilfen handelt Deutschland rasch und entschlossen. Die österreichische Bundesregierung dümpelt hingegen geradezu dahin. Aufgrund völlig unzulänglicher Wirtschaftshilfen hat man binnen weniger Wochen 200.000 zusätzliche Arbeitslose produziert. In Deutschland beträgt der Anstieg – gemessen an der Bevölkerung – nicht mal 50 Prozent des Anstiegs von Österreich. Warum? Weil man in Deutschland einfach klar und entschlossen reagiert hat.

Heute wissen wir: In Österreich waren die Wirtschaftshilfen zu gering und zu bürokratisch. Was in Deutschland 24 Stunden gedauert hat, dauerte in Österreich deutlich länger als 24 Tage. Nun wiederholt die Regierung bei der Ankurbelung der Konjunktur denselben Fehler, den sie schon bei den Wirtschaftshilfen gemacht hat. Die Maßnahmen kommen spät und sind zu klein dimensioniert. Die Einmalzahlung an Arbeitslose von 450 Euro ist ein sozialpolitischer Hohn für die Betroffenen. Für die Stabilisierung der Kaufkraft bringt diese Maßnahme nichts, genauso wenig wie für die Ankurbelung der Konjunktur, zumal die Zahlung erst im Oktober fließen soll.

Die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer soll, nach wochenlangem Drängen der SPÖ, nun doch vorgezogen werden. Allerdings gilt das nur für einen Bruchteil der

Steuersenkung. Der Eingangssteuersatz soll noch in diesem Jahr von 25 auf 20 Prozent abgesenkt werden. Das bringt einem Arbeitnehmer mit einem Bruttogehalt von 2.000 Euro in etwa 30 Euro pro Monat. Das reicht für eine Stärkung der Kaufkraft und eine Ankurbelung der Konjunktur bei weitem nicht.

Eine Steuersenkung – wie sie die SPÖ seit längerem fordert – bei welcher die ersten 1.700 Euro steuerfrei gestellt werden, bringt allen Menschen mit einem Einkommen von 1.700 Euro oder mehr eine Steuersenkung von mehr als 1.000 Euro pro Jahr.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert – zur Sicherung der Kaufkraft und Ankurbelung der Konjunktur - eine Steuersenkung für kleine und mittlere Einkommen im Ausmaß von zumindest 1.000 Euro pro Jahr ab 1.7.2020 sicherzustellen. Für Einkommen unterhalb der Steuergrenze ist eine permanente Erhöhung der Negativsteuer vorzusehen.“

Heide Klammann *L. Lan*
R. Z. W. *G. Amstutz* *J. Redl*

